

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Dietrich, Rud. Moos; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haase & Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Amtliche Nachrichten.

Seine Majestät der König haben Allernächst geruht: Dem emer. Schullehrer Venius zu Schönrade und dem Grenzaufseher Tygiel zu Gillowitz das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den ord. Professor Dr. Keil in Erlangen zum ord. Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Halle zu ernennen; dem Director des märkischen Knapschaftsvereins, Christ zu Bochum, den Charakter als Berggraf; dem Commerzien-Rath Schmidt zu Magdeburg den Charakter als Geh. Commerzien-Rath; sowie den Juwelieren Schulze und Gartenschlaeger (in Firma Johann Wagner u. Sohn) in Berlin das Präsidat als Hof-Juwelere zu verleihen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 14. März. „Public“ erklärt die Nachricht, die französische Regierung habe mehreren Mächten Mittheilungen in Bezug auf die belgischen Angelegenheiten zugehen lassen, für unbegründet. (W. T.)

Die große Coalition gegen Deutschland.

Bon Ludwig Bamberg.

S Paris, 10. März.
Prophezeien ist ein unabbaubares Handwerk und Unglück prophezeien ein doppelt unabbaubares. Diejenigen, welche im Verlauf der letzten drei Jahre in gewissen Momenten an die Nähe eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland glaubten, hatten gewiß nicht bloß das Gespenst ihrer eigenen Einbildungskraft gesehen. Die wiederum, welche auf das Uebergewicht der friedliebenden Elemente bauten, haben wenigstens bis jetzt Recht behalten. Schließlich muss Jeder zugeben, daß die Einen, wie die Andern sehr starke Argumente für sich haben. Grund genug, um niemals das Ohr den Warnungen zu verschließen, welche eine große Gefahr verkünden. Vielleicht war niemals mehr Ursache als jetzt auf sie zu hören. So oft irgend ein zufälliger Bankaspel zwischen die beiden Länder fiel, wie z. B. der Handel von Luxemburg, konnte mit Fug gesagt werden, daß, wo keine böse Absicht zu Grunde liegt, auch eine friedliche Lösung sich würde finden lassen, daß eine böse Absicht andererseits auf den besonderen Fall nicht hätte zu warten brauchen, weil nichts leichter zu haben ist, als ein Vorwand. Viel bedenklicher dagegen steht es, wenn die Anzeichen der Feindseligkeit nicht von äußeren Gegebenheiten abgeleitet werden, sondern von inneren Anstalten. Wenn Frankreich, nachdem es seine neue Bewaffnung und Militärorganisation eingeführt hat, endlich auch dahin gelangt, in seiner Hand die Fäden eines Allianzsystems zusammenzufassen, dessen Spitze gegen Deutschland gerichtet ist; wenn dies Werk sich vollzieht in einem Augenblick, in dem die inneren Verlegenheiten des Kaiserthums zu einer nie dagewesenen Summe angelaufen sind: so ist der Verdacht berechtigt, daß auch der Wille, von diesen sorgsam vorbereiteten Mitteln den entsprechenden Gebrauch zu machen, vorhanden ist. Außerbünden hat es keinen Mangel. Ich will keinen Schreckshuss abfeuern. Die Consuln, welche vorzusehen haben, daß dem Gemeinwesen kein Nachtheil erwachse, bedürfen sicher meiner Warnung nicht, nad die bloßen Buschauer können mit ihrem Schrecken mehr schaden als nützen. Bei alledem haben wir unsere Augen um zu sehen, und es ist nicht mehr als natürlich, daß wir sie aufmachen. Wer sie nicht verschließen will, muß vermögen zu wahrnehmen, daß sich etwas wie ein Ballen großer und kleiner Wollen am deutschen Horizont zusammenzieht. Wenn nicht Alles täuft, hat die französische Diplomatie endlich die so lang begehrte Gewissheit in die Tasche geschoben, daß in einem Continentalkrieg Italien auf ihrer Seite stehen wird. Das wiederum ist nicht denkbar, ohne daß Dr. v. Beust der Dritte im Bunde sei. Holland und Dänemark waren dieser Coalition seit zwei Jahren im Vorauß angetraut. Ohne Zweifel haben die Depposidirten nicht bloß die Erhebung ihrer treuen Untertanen im Rücken der Preußen versprochen, sondern auch manch südmainliche Gunst in verschiedenen Abstufungen.

Ob dies Alles nur dazu dienen soll, die halbgeborene deutsche Einheit durch bloße Einschüchterung zu ersticken, oder ob es darauf abgesehen ist, sie zu dem Kampf herauszufordern, welcher ihr nur die Wahl lassen wird, zwischen kläglichem Ende und ganzem Triumph — das hier zu prüfen wäre Prophetenhandwerk.

Nur das will ich hier versuchen zu zeigen, wessen wir uns zu versehen hätten, wenn wir uns auf die moralische Unmöglichkeit eines franco-italischen Bündnisses in gutem Glauben an politische Dankspflichten verließen.

Vereits im August des vergessenen Jahres habe ich Ihnen in dem Aufsatze: „Ein orleanistisches Kriegsmanifest“ aneinander zu sezen gesucht, wie die Hof- und Regierungskreise in Italien von Herzen mehr zu Frankreich als zu Deutschland hinweisen. Lassen Sie mich heute, von allen Anzeichen eines drohenden Sturms absehend, aus einem neuern Document die Belege aufführen, welche meiner damals erläuterten Ansicht mit außerordentlicher Wucht zu Hilfe kommen. Ich habe damals von der Befreiung des Buches: „La France nouvelle“ (Préost-Paradot) Anlaß genommen, zu zeigen, wie groß die Zahl unserer geborenen und überlieferten Feinde ringsum sei. Heute verweise ich auf ein unendlich interessanter Werk, aus dem gleich Lehre in viel höherem Grade zu schöpfen ist.

Eine italienische Monatsschrift, in ihrer Art, wenn auch nicht der Verbreitung nach, die „appenninische Revue des deux mondes“, genannt: „Nuova Antologia di Scienze, lettere ed arti“ erschien in Florenz im vierten Jahrgang. Das Januarheft 1869 bringt unter dem Titel: „L'Alleanza Prussiana e l'acquisto della Venezia“ einen ersten Abschnitt über den vielbesprochenen Gegenstand, aber ohne Zweifel das Beste, Feinstle, Stofflichste und Wahrhafteste, was noch im Reich dieser diplomatischen Studien veröffentlicht worden. Der Aufsatze ist von Ruggiero Bonghi, einem großen Gelehrten und seinen Politiker zugleich. Wer den achten Sohn

Machiavels in der Nähe kennen lernen will, der lasse sich die Mühe nicht verbauen, diesen Tractat mehrmals mit Aufmerksamkeit durchzuarbeiten. Er wird nicht blos den Sohn, sondern auch den Vater Machiavell verstehen und würdigen lernen. Welch ein praktischer Lehrkurs für unsere schwere Principielleiterei, welche das neue Deutschland aufzubauen verlangt, ohne von einem Haarstrich der Grundrechtskalligraphie abzuweichen. Wer Fähigkeit und Lust hat, eine etwas künstlich geschlungene, vor dem modernen Zeitungsstyl bewahrte, italienische Prosa ins Deutsche zu übertragen, könnte seinen Landsleuten ein schönes Geschenk machen. Aber mir ist nicht vergönnt, hier bewundernd stehen zu bleiben. Hier handelt es sich zunächst nur zu zeigen, mit welchen Augen der italienische Politiker, ein Haupt der Gemäßigten, die beinahe immer das Ruder hatten und mehr als je es haben, die deutsche Allianz ansieht. Ich nehme heute nur den Aufsatze des Januarhefts vor, dem noch zwei andere folgen.

Der Autor hat aus den besten Quellen geschöpft und redet von Allem, was unserer tugendhaften Erziehung die größten Schamhaftigkeitsklämpe kostet würden, mit der naturalistischen Aufrichtigkeit, mit welcher den Gelehrten nördlich der Alpen sein großer Vorsahre so viel unnötiges Kopfscherzen bereitet hat. Die Quintessenz seiner Politik heißt: Alles thun, was Italiens Vorteil entspricht, in keinem Augenblick sich von irgend einer Rücksicht aus früherer Zeit bestimmen lassen, wenn sie nicht mehr ihre zwingende Kraft in sich selbst trägt. Er beginnt mit der Verschiedenheit der Charaktere in Bismarck und Lamarmora, mit der Verschiedenheit der Lage und Zustände in Italien und in Preußen. Nichts war weniger geeignet zusammen zu kommen als diese zwei so verschiedenen Staats-Männer und -Wesen. Nur Eins konnte sie momentan verbinden: daß ihnen Österreich im Wege stand.

Aber sobald Benedig gewonnen war, hörte diese Gemeinsamkeit auf; im Gegenteil, von da ab war eher Österreich der natürliche Verbündete Italiens als Preußen. Der bleibende unzertrennliche Bundesgenosse Italiens aber bleibt unter allen Umständen nach wie vor Frankreich. Die Klugheit kann stellenweise raten, die Allianz mit Frankreich mit gleichzeitigen periodischen Allianzen zu verbinden (so mit Preußen 1866), aber niemals sie ganz und gar einer andern zu opfern. Die übrigen Mächte soll man zu Feinden oder Freunden machen, wie es sich grade für den Augenblick schickt. Zuerst wird gezeigt, wie Preußen selbst so lange in seinem eignen Verhalten der Förderung der italienischen Einheit widerstrebt; wie es 1859 auf dem Sprunge stand, mit Österreich zu gehen; wie 1860 das Ministerium Schleinitz dem Grafen Favre nach der Schlacht von Castelfidardo eine weise Vorlesung durch seinen Gesandten halten ließ über die Unrechtmäßigkeit der Annexionen — wozu der „große Graf“, il gran conte, mit seinem feinsten Lächeln lächelte. Zwei Jahre später wollte Preußen die Krone Italiens nur anerkennen, wenn Nicasoli verspräche, niemals mit Frankreich gegen Deutschland das Schwert zu ziehen. Aber der eiserne Baron wollte sich nicht die Hände binden und zog vor, zu warten. Als Lamarmora zur Krönung König Wilhelms gesandt wurde, mit der geheimen Instruction, daß Terrain für eine Allianz zu sondiren, fand er nur Leute, die mit Nasarümpfen auf ein so ruheloses und revolutionäres Regiment herabsahen. Schließlich wurde 1862 unter dem Ministerium Bernstorff doch das neue Königreich anerkannt, aber noch immer mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, „daß damit keine der vorausgegangenen Handlungsweisen gutgeheißen sein sollte, daß auch betrifft Veneziens noch dieselbe Ansicht obwalte wie 1859.“ „Denn, sagt Bonghi, nie gab es und nie wird es geben Leute, die mehr aus einem Stück und unbedarfbar sind als diese Preußen, und sie sind so sehr von diesem Naturell besessen, daß kein Sieg was dran mehren, keine Niederlage was dran mindern kann.“ Endlich mit Bismarck kommt ein anderer Zug in ihre Führung. So früh schon wie im December 1862 schickte er einen Sendboten nach Turin und ließ heimlich anfragen: welches die Haltung Italiens sein würde in einem Kriege zwischen Preußen und Österreich? Worauf damals dieselbe Antwort wie später: von Italien lasse sich nicht zweifeln, daß es mit den Gegnern Österreichs sein werde. Dieser erste Versuch blieb ganz verborgen. Daß Italien Österreich fern bleiben werde, bis Benedig in seinen Händen sich befände, war augenfällig, dazu zu gelangen gab es viele Wege und alle italienischen Regierungen von 1860 bis 1866 haben nie irgend einen aus dem Auge gelassen, der zum Ziele führen konnte. Das Zwischenspiel der polnischen Revolution bildet in diesem Leitsfaden praktischer Politik das merkwürdigste Kapitel. Da wir sahen, so etwa erzählt Bonghi, daß die drei Mächte doch nicht recht vorangehen würden, suchten wir es nicht mit Russland zu verderben (das mit am stärksten Victor Emanuel anerkannt hatte). Als es aber einmal dorthin auffiel, als könnten England, Frankreich und Österreich mit Russland Krieg anfangen, wollten wir natürlich auch dabei sein, damit nicht Österreichs Annäherung an Frankreich uns zum Schaden ausschlage. So machte sich denn Graf Pasolini auf die Beine und schlug in London und Paris vor, bei Abschluß dieser Quadrupelallianz gegen Russland auszumachen, daß Italien Benedig und Österreich dafür die Donaupräsidenten haben solle. Dieser Gedanke, sagt der Autor, gefiel den Westmächten sehr, und mehrmals kamen sie später darauf zurück. Bei der damaligen Haltung Preußens in der polnischen Sache war natürlich ein Bündnis gegen Russland auch ein Bündnis gegen Preußen. Auch gegen die deutsche Einheit vorzugehen, stand man nicht an, das italienische Cabinet hatte das Verdienst, die Westmächte darauf aufmerksam zu machen, daß die österr. Bundesreform von 1863, wenn sie gelang, eine bedenkliche Gleichgewichtsstörung verursacht hätte. Nun folgt der dänische Krieg. Sehen wir vor Allem heraus, daß der Italiener, der so tief in die Archive geschaut hat und kein Blatt vor den Mund nimmt, läugnet, etwas von einem geheimen Vertrag

zu wissen, mittelst dessen Preußen damals Österreich Venedig während des Krieges oder darüber hinaus garantirt hätte. „Was uns anlangt, fährt Bonghi fort, so waren wir entschlossen, das Gewicht unserer Waffen dahin zu tragen, wo wir es mit Sicherheit und Profit thun konnten. Und so stellten wir mit Zustimmung der französischen Regierung von 1863 auf 1864 mehr Soldaten auf die Beine, als unsere Finanzen eigentlich vertrugen. Während die zwei deutschen Großmächte im Norden stritten, wollten wir auf keinen Fall die Hände in den Schoß legen.“ Zum Schluß auf seinen Ausgangspunkt zurückkommend, ruft der Autor aus: „Alles zeigt, daß — einmal die Gemeinschaft des Feindes aufgehoben — Italien und Preußen viel eher dazu geschaffen sind, sich von einander zu entfernen als einander zu nähern. Nach dem Sieg müsste das Wechselverhältnis von Italien zu Preußen und zu Österreich gerade sich umkehren. Nach der Eroberung Venedigs waren Österreich und Italien geschaffen, Freunde zu werden.“

Dieses nur eine Blumenlese aus dem ersten Theil der merkwürdigen Abhandlung. Viel Eigenthümliches mußte ungeschickt stehen bleiben. Aber das hier Gebotene wird genügen, um die Moral zu ziehen, auf die es ankommt. Nur noch Eines zum Schluß. Irgendwo sagt der kluge Italiener Folgendes: „Wenn wir in der inneren Politik oft geirrt haben, so geschah es uns in der auswärtigen beinahe nie — ich könnte sagen überhaupt niemals, wäre nicht das Rundschreiben Durando nach Aspromonte und die Confusion, die Matazzi bei der Sache von Mentana anstellte.“ Und diese bewährte auswärtige Politik, was hält sie bei dem Bündnis mit Preußen für die wichtigste Garantie: daß es der Regierung Preußens mit einer durchgreifenden Reform in Deutschland Ernst sei und daß sie sich mit ihrem Volk in Einigkeit aussöhne. Dies, sagt Bonghi, verlangten wir, ehe wir ein Waffenbündnis abschlossen, zu unserer Sicherheit. Es war keine animale Einmischung in innere Angelegenheiten, sondern die richtige Wiedergung dessen, was Preußen zum Siegen vor Allem nötig war! — Mit dieser besten Klugheitsregel des klugen Mannes wollen wir schließen.

Norddeutscher Reichstag.

6. Sitzung am 13. März.

Abg. Wiggers (Berlin) stellt und begründet seine (bereits mitgetheilte) Interpellation, betr. die Gleichstellung der Confessionen in Bezug auf die Ausübung der staatsbürglichen Rechte. Er weist namentlich auf die den Juden in Mecklenburg auferlegten Beschränkungen hin und darauf, daß der Reichstag bereits zweimal im Sinne der Interpellation Beschuß gefaßt und auch in Aussicht gestellt sei, daß sich der Bundesrat über diesen Gegenstand schlüssig machen werde. — Präsident Delbrück erwidert, daß der Bundesrat in nächster Zeit darüber Beschuß fassen werde.

Die Postverträge mit Italien, mit den Niederlanden und mit Schweden werden in dritter Lesung angenommen. Im Anschluß an den letztgenannten beantragen die Abg. v. Hagedorn und Dr. Becker die Wiederherstellung der täglichen Dampfschiffverbindung zwischen Stralsund und Malmö. Der Antrag wird jedoch nach kurzer Debatte zurückgezogen, nachdem der Abg. Tweten darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Annahme desselben eine Ausgabe-Bewilligung eines nächsten Reichstages präjudiziert werde, was er für unzulässig hält. — Es folgt die Annahme des Consularvertrages mit Italien in zweiter, sowie des Postvertrages mit Rumänien in erster Lesung. Nach diesem Vertrage soll vom 1. Juli d. J. ab das Porto für den einfachen frankirten und unfrankirten Brief resp. 2 und 4 Pf., für Drucksachen und Waarenproben (2½ Poth) 1 Pf., für Postanweisungen bis 25 Pf. 4 Pf., bis 50 Pf. 8 Pf. betragen.

Erste Berathung des Wahlgesetzes für den Nordbund. Es sind dazu Amendingen gestellt worden. Der Präsident und der Abg. Lasler sind der Ansicht, daß dieselben nach der neuen Geschäftsortordnung bei der ersten Lesung unzulässig sind; Abg. Waldeck befürte die Ansicht. Man beschließt, für den vorliegenden Fall die Amendingen bis zur zweiten Lesung zurückzulegen, die Frage aber der Geschäftsortordnung-Commission zur Begutachtung zu überweisen. — Präs. Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben geglaubt sich darauf beschränken zu müssen, das bestehende Recht in diesem gemeinsamen Gesetz zum Ausdruck zu bringen. Deshalb sind materielle Änderungen vermieden, mit Ausnahme der Aufhebung des activen Wahlrechts für das Militär. Die Gründe für diese richten bei der Specialdiscussions zu erörtern sein. Eine Reihe wesentlicher Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze ist hier weggelassen, weil sie in die Bundesverfassung selbst übergegangen sind. In formeller Beziehung enthält das Gesetz eine Neuerung in der Einführung einer permanenten Wählerliste, wodurch für die Richtigkeit derselben eine bessere Garantie als durch das bisherige Verfahren geboten werde. — Abg. Tweten vermitteilt einen sehr wesentlichen Theil des Wahlgesetzes: die Feststellung der Wahlkreise. Diese darf nicht dem Belieben der Einzelregierungen überlassen bleiben. Durch Beschwerden aus Mecklenburg habe man in der vorigen Session erfahren, wie willkürliche dort die Kreise gebildet sind. Wenn nicht noch in dieser Session ein Gesetz über die Wahlkreise zu erwarten sei, so müsse wenigstens die Zusicherung gegeben werden, daß ein solches in Aussicht genommen werde. Bis zum Zustandekommen derselben müsse aber durch eine Bestimmung in dem vorliegenden Gesetz, die Abgrenzung der Wahlkreise dem Bundesrat übertragen werden. — Präs. Delbrück: Wenn nach der Verfassung eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten festgesetzt wäre, so könnte man auch feste Wahlkreise für dieselben abgrenzen. Nach der Verfassung soll sich aber die Zahl der Vertreter

richten der Verbreitung nach, die „appenninische Revue des deux mondes“, genannt: „Nuova Antologia di Scienze, lettere ed arti“ erschien in Florenz im vierten Jahrgang. Das Januarheft 1869 bringt unter dem Titel: „L'Alleanza Prussiana e l'acquisto della Venezia“ einen ersten Abschnitt über den vielbesprochenen Gegenstand, aber ohne Zweifel das Beste, Feinstle, Stofflichste und Wahrhafteste, was noch im Reich dieser diplomatischen Studien veröffentlicht worden. Der Aufsatze ist von Ruggiero Bonghi, einem großen Gelehrten und seinen Politiker zugleich. Wer den achten Sohn

nach der Kopfzahl der Bevölkerung richten. Da diese sich ändere, so ändere sich auch mit jeder Volkszählung (alle 3 Jahre) die Anzahl der Abgeordneten und müßten sich damit auch immer die Wahlkreise ändern. Wenn der Bundesrat daher jetzt ein Gesetz über die Wahlkreise einbringe, müßte er alle 3 Jahre ein neues einbringen. Vom Bundesrat sei folglich ein solches Gesetz nicht zu erwarten. Willkürlichkeit, wie sie in Mecklenburg vorgekommen sind, würden durch § 7 abgeschafft, welcher bestimme, daß die Wahlkreise, resp. Bezirke künstlich abgegrenzt sein müssen. Die Feststellung der Kreise mache den Bundesrat den Einzelregierungen überlassen zu müssen, da er selbst in Betreff der Verhältnisse nicht genügend informirt sei. — Abg. Löwe findet, daß das Gesetz nicht den in früheren Beschlüssen ausgesprochenen Wünschen des Reichstags entspricht. In dem Föderativsystem, in dem wir leben, muß, was den Bund als solchen angeht, auch durch Bundesbeamte, nicht durch die Einzelregierungen, ausgeführt werden. Redner ist auch für Feststellung der Wahlkreise durch das Gesetz. Es sei weder nötig noch zweckmäßig, alle 3 Jahre wegen ein paar Tausend Seelen die Wahlkreise zu ändern. Um die vom Reichstag verlangte Gleichmäßigkeit des Wahlverfahrens herbeizuführen, müßten mehrere Bestimmungen des Reglements in das Gesetz übernommen werden, z. B. die Grenze für die Größe der Wahlkreise, ferner die Bestimmungen, wie und wo die Stimmen abgegeben und von wem sie gezählt werden sollen. Besonders tabelliert der Redner die Ausschließung des Heeres von der Wahl. In einem Lande, wo die allgemeine Dienstpflicht eingeführt ist, wo Jeder mit seinem Körper und Blute und seiner ganzen Seele dem Lande dient, ist das ein Widerspruch dieses Fundaments unserer Einrichtungen. (Beifall links.) Nach dem hier angeführten Motiv ("um die Militärperson von den politischen Partei-kämpfen fern zu halten") sei es unverständlich, warum man nicht vor Allem die passive Wahlbarkeit der Militärpersonen aufgehoben; denn vielmehr als die Theilnahme an den Wahlen, sei doch die eingehende Beschäftigung mit politischen Fragen in den Parlamenten von dem Standpunkt der Regierungen als gefährlich anzusehen. Redner sieht ferner eine mit der Bundesverfassung und dem Freizügigkeitsgesetz in Widerspruch stehende Beschränkung darin, daß das Wahlrecht von einem 3jährigen Aufenthalt in einem Bundesstaat abhängig gemacht werde. Weil das Gesetz in allen diesen Beziehungen verbessert werden müsse, empfiehlt er Überweisung an eine Commission. Abg. Lasker berichtet die lezte Ausstellung des Vorredners dahin, daß das Wahlrecht nur von 3jähriger Bundeszugehörigkeit abhängig gemacht werde. Die von Henr. Delbrück angeführte Bestimmung, daß die Zahl der Abgeordneten sich stets mit der Bevölkerungszahl verändern soll, hat Redner in der Bundesverfassung nicht finden können. Er hält eine feste Organisation der Wahlkreise für nothwendig. In Preußen habe man ein solches Organisationsgesetz lange entbehrt, das einst eine der wohlthätigsten Hinterlassenschaften eines leider zu früh abgetretenen Ministeriums (Auerswald-Schwerin) war. Jetzt befinden wir uns sehr wohl bei demselben. Redner erfüllt den Bundeskanzler, bis zur zweiten Lesung darüber in Berathung zu treten, ob nicht ein solches Gesetz vorgelegt werden kann, event. einen Weg anzugeben, wie man sich bis dahin über die Festsetzung der Wahlkreise verständigen könne. — Präf. Delbrück: Die von ihm als verfassungsmäßig angeführte Bestimmung (dah auf je 100,000 Seelen 1 Abgeordneter gewählt werden soll) steht gar nicht direct in der Verfassung, aber sie steht im Wahlgesetz für den constituirenden Reichstag und das Gesetz sei durch Art. 20 der Verf. als geltend bis zum Erlass eines definitiven Wahlgesetzes bezeichnet. Redner macht außerdem darauf aufmerksam, daß nach den mit den Südstaaten geschlossenen Verträgen in diesen nach denselben Bestimmungen zum Sollparlament gewählt werde. Wollte man jetzt diese Bestimmung für den Nordbund ändern, so führe das zu Unzuträglichkeiten. — Abg. Miquel: Die Organisation der Wahlkreise sei im conservativen (nicht reactionären) Interesse wünschenswerth, um der ansässigen Bevölkerung im Verhältniß zu der in Folge der Freizügigkeit fließenden das Übergewicht zu geben. — Abg. Hasenclever glaubt in dem Wahlgesetz eine große Beeinträchtigung der Jugend zu finden. Mit dem 21. Lebensjahr müßten die jungen Leute Steuern zahlen und die Waffen führen, also die höchsten staatsbürglerlichen Pflichten erfüllen, er begreife nicht, warum man ihnen ein anderes staatsbürgliches Recht entziehen wolle. Und doch hätten diese Leute eine höhere politische Bildung, als Leute von 50 bis 60 Jahren (Heiterkeit), weil die Schulbildung jetzt einen besseren Grund lege, als in der Zeit, wo die jetzt Bejahrten die Schule besucht hätten. — Graf Bismarck bittet, keine prinzipiellen Änderungen vorzunehmen. Es ist nicht die Absicht des Bundesraths, irgend welche Änderungen in dem verfassungsmäßigen gegenwärtigen Rechtszustande vorzunehmen. Wenn im Art. 20 der Verf. steht: Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor, welche bis zum Erlass eines Reichswahlgesetzes — also der Zeit, in der wir jetzt leben — nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Nord. Bundes gewählt worden ist, so glaube ich, ist man sehr wohl berechtigt, dieses Gesetz eine verfassungsmäßige Bestimmung zu nennen. Ich möchte dieselben Herren, die dies bestreiten, wohl im preuß. Landtage sehen, wenn die ganz analoge Bestimmung des preuß. Wahlgesetzes von der Regierung als eine nicht verfassungsmäßige behandelt würde. Wenn principielle Änderungen in dem bisherigen Wahlrecht erstrekt werden sollen, so kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen in diesem Augenblick nicht die Hand dazu bieten werden. Redner gibt zu, daß das Wahlgesetz in mancher Beziehung verbesserungsfähig sei. Den Nebelständen bei der Abgrenzung der Wahlkreise würde am besten auf administrativem Wege abzuholzen sein. Abg. Graf Schwerin: Wenn der Herr Bundeskanzler aus Art. 20 der Verf. deducirt hat, daß, auch wenn die Bestimmung nicht in der Verf. stände, sie doch jetzt verfassungsmäßig sei, so muß ich dem widersprechen, da Art. 20 ausdrücklich sagt, "bis zum Zustandekommen des Wahlgesetzes soll dieses Gesetz gelten". An diesem Zeitpunkt sind wir jetzt angelommen und vollkommen berechtigt, diejenigen Bestimmungen zu ändern, die das Reichswahlgesetz in dieser Beziehung enthält. Wir sind sogar dazu verpflichtet. — Graf Bismarck: Ich habe das Recht des Bundes, die Wahlbezirke festzustellen, nicht in Zweifel gezogen. Es ist hier dem Herrn Vorredner wieder passirt, was bereits bei früherer Gelegenheit geschehen, daß von mir gebrauchte Ausdrücke in seinem Mund eine ganz andere Färbung gewonnen haben. Ich erinnere nur an den mir zugeschriebenen Ausdruck: "Macht geht vor Recht", welcher dem Herrn Vorredner seinen Ursprung verdankt. — Abg. Waldorf: Das Gesetz entspreche den zu stellenden Anforderungen nicht, indem es die einzige feste Basis in den unfertigen und fluctuierenden Zuständen, das bei den Wahlen

zu Grunde liegende Prinzip, der Willkür der Einzelstaaten Preis gebe. Besser sei es, den gegenwärtigen provisorischen Zustand gesetzlich fortbestehen zu lassen, als durch Annahme der Vorlage den Aufheben zu erwarten, als wäre bereits ein fester und dauernder Zustand geschaffen. — Abg. Graf Schwerin: Heute wie damals, als es sich um den citirten Ausdruck aus dem preuß. Abgeordnetenhaus handelte, lag das Missverständnis auf Seiten des Hrn. Bundeskanzlers. Niemals habe ich behauptet, daß er das Wort "Macht geht vor Recht" gebraucht hätte, ich habe nur gesagt — und verweise in dieser Beziehung auf den stenographischen Bericht — die Rede des Ministerpräsidenten cumulire in dem Satze: "Macht geht vor Recht." Diese Ansicht halte ich auch heute noch aufrecht, und jeder, der die damalige Rede gehört hat, wird mir Recht geben müssen. Ich schäme mich jenes Wortes ebenso wenig, wie ich mich gescheut habe später auszusprechen, daß ich mich in den Intentionen des Grafen Bismarck geirrt hätte. — Graf Bismarck: Ich würde mich freuen, wenn durch diese Erklärung die Missverständnisse, welche in Folge jenes Wortes über mich — ich darf sagen in Europa — geherrscht haben, wenn nicht gehoben, so doch gemildert würden. Gehoben werden sie nur bei denjenigen werden, die sich belehnen wollen — und das sind nicht viele (Heiterkeit). — Abg. Lasker erklärt sich gegen die Überweisung an die Commission. Graf Bismarck hebt noch hervor, daß er keineswegs eine Änderung des Bundesrathes in seiner Stellung zur Vorlage in Aussicht gestellt habe. — Die erste Berathung ist damit beendet, die Überweisung an eine Commission wird abgelehnt.

Es folgt die erste Berathung über den Gesetzentwurf, betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes. Abg. v. Unruh bittet im Interesse der Arbeiter die Vorlage abzulehnen. Das allgemeine Verbot der Beschlagnahme von Arbeitslöhnen schädige den Credit der Arbeiter. Man gebe ihnen durch das Gesetz ein Singularrecht, das sie aber vor der ganzen übrigen Bevölkerung trenne und ihre Interessen mehr schädige als fördere. Auf diesem Wege komme man zum Communismus. Wer den hohen Culturstand der deutschen Arbeiter kenne, wer ihre Konzerne besucht, ihre Lebensgewohnheiten kennen gelernt habe, der werde wissen, daß es gar nicht nötig sei, Leute, die durchschnittlich 6½ R. pro Woche verdienen, gesetzlich zu bevormunden. — Abg. Becker (Oldenburg) glaubt, daß man mit der Vorlage zufrieden sein könne. Man sollte den Arbeiter, der kein Vermögen hat, nicht schlechter stellen als den im Concurrenz befindlichen ehemals Vermögenden. — Abg. Waldeck: Wie durch die Beseitigung der Personalhaft des Schuldners, so soll hier durch das Verbot, den zukünftig zu erwerbenden Lohn zu arretieren, der Gläubiger verhindert werden, sich in einer vollkommen unerlaubten Weise in die Verhältnisse des Schuldners einzudringen. Das ist nicht die "radicale Ansicht von Waldeck", wie Koch gesagt hat, — auf solche Neuerungen sehe ich mit Verachtung herab — sondern die Auffassung des Obertribunals, von der die unteren Instanzen leider abgegangen sind. Redner befürwortet Überweisung an eine Commission. — Abg. v. Bendix ist mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden. Auch der Juristentag habe sich für die Zulässigkeit der Beschlagnahme der Löhne mit gewissen Beschränkungen ausgesprochen, die Abschaffung der Beschlagnahme der Löhne werde den Arbeitern den Credit lediglich vertheuern. Man möge den ersten Schritt zur Lösung derselben nicht damit beginnen, einen privilegierten Arbeitersstand zu schaffen. Der Gesetzentwurf sei als ein richtiger Mittelweg empfehlenswerth. — Abg. Wagener konstatiert, daß diese Discussion den Bruthum der gangbaren Nationalökonomie aufgedeckt hat, als sei Arbeitskraft Capital, denn wäre sie das, so würde das Recht der Beschlagnahme unzweifelhaft sein. Ein Singularrecht sollte für die Arbeiter nicht geschaffen werden. Die Frage sei zu behandeln wie die der Strikes: Zulassung im Princip, Erschwerung in der Praxis; daher eine Verweisung an die Commission angezeigt sei. — Abg. Schulze (Berlin): Die Beschränkung des Lohnarrestes, wie sie das Gesetz bringen will, wird dadurch motivirt, daß dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden soll, zu arbeiten und zu existiren. Da ist aber das Gesetz nicht consequent geblieben. Will man Menschen in der Lage lassen, sich durch seine Arbeit selbst zu erhalten, so muß man ihm so viel lassen, um nicht nur die nothwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, sondern ein angemessenes Maß für den Lebensunterhalt, damit er nicht nur weiter vegetirt, sondern auch jene Arbeit in ungeschwächter Kraft verrichten kann. — Für die Aufhebung des Beschlagnahmerechtes der noch nicht fälligen Löhne sprechen dieselben Gründe, wie für die der Personalschulhaft. Man soll nicht die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Menschen mit Beschlag belegen dürfen, sondern nur die Resultate derselben. Durch die Aufhebung der Beschlagnahme wird der Credit der Arbeiter überhaupt nicht fallen, aber der ungefundne Credit beschädigt werden. Man wird die sittlichen und wirtschaftlichen Eigenchaften der Leute prüfen, denen man Credit giebt; hierdurch wird der Credit überhaupt in richtige, gesunde Bahnen getrieben. — Das Gesetz wird durch fast einstimmigen Besluß an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern überwiesen. — Abg. Dr. Schweizer bittet, bei der Wahl der Commission darauf Rücksicht zu nehmen, daß auch Arbeiter in die Commission gewählt werden, deren ja mehrere im Hause wären. — Abg. Lasker und v. Habenau protestiren dagegen, daß ein paar Mitglieder sich als spezifische Vertreter der Arbeiter gerieren. Alle Abgeordnete seien zum großen Theil von Arbeitern mitgewählt. — Nächste Sitzung: Montag.

△ Berlin, 14. März. [Der belgisch-französische Conflict] ist, soweit geht aus den sehr widersprechenden Nachrichten hervor, noch nicht beigelegt. Frankreich fordert bekanntlich von der belgischen Regierung die Genehmigung des Vertrages, welcher zwischen den Administrationen der französischen Ostbahn und des Grand Luxembourg abgeschlossen ist. Um unter Festhaltung dieser Forderung eine mögliche Ausgleichung anzubahnen, war von Frankreich der Vorschlag gemacht, die Bedingungen, unter welchen die Genehmigung zu ertheilen sei, durch eine Commission von französischen und belgischen Bevollmächtigten festzusetzen zu lassen. Die belgische Regierung hatte in Folge dessen ihre Gegenvorschläge in Paris gemacht. Wie die "Kreuztg." aus Paris erfahren haben will, sind diese jedoch dort abgelehnt, weil in denselben die schliechliche Genehmigung des erwähnten abgeschlossenen Vertrages nicht in Aussicht genommen wurde. Dagegen berichtet das "Tel. Bureau für Nord." aus Brüssel v. 13. d.: "Der franz. Gesandte, Comte de Laguerrière, ist angekommen und bringt versöhnliche Instructionen mit. Frankreich verzichtet darauf, daß der Vertrag zwischen der Luxemburgbahn und der französischen Nordostbahn bestätigt werde und verlangt nur Beweise dafür, daß der Widerstand Belgien rein aus Rück-

sichten der Staatsökonomie hervorgehe." In der "Opinion Nationale", welche zuerst mit in das Kriegsgeschrei gegen Belgien einstieß, sich aber gleich darauf eines Besseren besann, betrachtet Guérout die Eventualitäten eines Krieges, um sehr ernstlich davon abzurathen. Es schließt mit den Worten, der Kaiser " könnte vielleicht finden, daß ein Krieg am Rhein leichter anzuhalten sei, als ein Kampf gegen den Geist der Unabhängigkeit und Freiheit. jedenfalls aber gibt es eine Betrachtung, welche nicht verfehlt kann, sich einem so klaren Geiste, wie dem seinigen, darzubieten, und das ist diese: Frankreich, welches bereitwillig für eine Idee Krieg führt, möchte vielleicht weniger gern dazu bereit sein, wenn zu vermuten wäre, daß seine Regierung in dem Kriege nur eine Ablenkung innerer Verlegenheiten suchte, und daß die Regierung, wie es bei Leuten vorkommt, die sich nicht mehr zu helfen wissen, selbst das Haus in Brand stecke."

[Gneist in das Obertribunal.] Der Justizminister Leonhardt soll der "Post" zufolge gefeuert sein, die anerkannt außerordentlichen Kenntnisse des Prof. Gneist auch im praktischen Justizdienst zu verwerthen, indem er ihn in's Obertribunal beruft.

[Lehrerwittwendung.] Troy des Widerspruches des Cultusministers und des Finanzministers gegen das vom Landtagen angenommene Gesetz, betr. die Pensionen der Schullehrerwitwen, soll dasselbe dennoch die Königliche Sanction erhalten haben. Auch die andern im Landtage zu Stande gekommenen Gesetze sollen dieselben erhalten haben.

[Parlamentarisches.] Der Abg. Tweten hat mit Unterstützung der National-Liberalen, des linken Centrums und der Fortschrittspartei den Antrag gestellt: den Bundeskanzler zu ersuchen, für die zur Kompetenz des Bundes gehörigen Angelegenheiten eine geordnete Aufsicht und Verwaltung durch verantwortliche Bundesministerien, namentlich für auswärtige Angelegenheiten, für Krieg, Marine, Handel und Verkehrswesen, im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen.

[Graf Usselom] sagt die "Mitgzt.", zieht sich einstudiens nach Pommern, wo er beglückt ist, zurück. Wie es heißt, soll das sämmtliche Personal der preußischen Gesandtschaft in Florenz gewechselt werden.

[Hr. v. Werther] ist von Wien hier eingetroffen. So telegraphierte uns das Wissenschaftl. Tel. Bureau; leider hat es dabei den Zusatz vergessen, der die große Wichtigkeit dieser Nachricht beweist: er ist gekommen, "um der Confirmation seiner Tochter beizuwollen."

Frankfurt a. M., 12. März. [Die Nechancelegenheit] wird in der Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag zur Berathung kommen.

Prümkenau (Schles.), 12. März. [Der Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Augustenburg], Vater des Herzogs Friedrich, ist gestern, 70 Jahre alt, gestorben.

England. London, 12. März. [In den Baumwollbezirken sieht es traurig aus.] In Blackburn stehen augenblicklich von den 1,500,000 Spindeln 500,000 gänzlich still und die Hälfte der übrigen arbeitet mit gekürzter Arbeitszeit; von den 45,000 Webstühlen fehlen 10,000, während 12,000 mit gekürzter Arbeitszeit gehen. In Darwen sind die Verhältnisse kaum besser, und in Rawtenhall bilden sich Auswanderungsclubs für die mäßigen Arbeiter. In Blackburn steigen die Gesuche um Armenunterstützung von Woche zu Woche; am verlorenen Sonnabend allein wurden 1200 Leute über die gewöhnliche Zahl unterstellt. Wo noch nicht ganz die Arbeit eingestellt ist, droht eine Herabsetzung der Arbeitslöhne um 10 %. Spinner und Weber halten Berathungen, was in solchem Falle zu thun sei. In Preston haben 20 Spinnereien diese Herabsetzung schon vorgenommen.

Frankreich. Paris, 13. März. [Gesetzgebender Körper] Der 1. Art. der Vorlage, die Arbeiten am Trocadero betreffend, wurde angenommen; der 2. Art. bezüglich des Gartens d. Luxembourg unter Zustimmung der Regierung der Commission überwiesen.

Russland und Polen. [Der Reichsrath] hat sich im Principe für die Militärpflicht der in Russland lebenden Mennoniten entschieden. Swar hat der Kaiser denselben auf ihre dringliche Petition die Befreiung vom Militärdienste vorsichtig zugestanden, doch ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß den neu in Russland einwandernden Mennoniten eine solche Prerogative unter keinen Umständen ferner bewilligt werden wird.

Holland. Haag, 13. März. [Die zweite Kammer] hat die Abschaffung des Zeitungsstempels (einschließlich des Stempels für ausländische Zeitungen) vom 30. Juni ab, genehmigt.

Spanien. Madrid, 13. März. [Tagesbericht] Die amtliche "Gaceta de Madrid" enthält einen Erlass des Finanzministers Figuerola, wonach der Productenimport aus Deutschland nach Spanien künftig dieselben Vortheile genießen soll, welche durch die Convention von 1865 an Frankreich gewährt sind. Eine Versammlung der Cortes hat gestern Nachts beschlossen, die beantragte Conscription durch Conscription von 25,000 Mann zu bewilligen; doch solle dies die letzte derartige Bewilligung sein und an die Stelle der Conscription in Zukunft Werbung von Freiwilligen treten. Ein Comité, an deren Spitze Orense, Pierard und andere Personen stehen, hat für den kommenden Sonntag eine große Kundgebung für Abschaffung der Conscription angezeigt. Alle, welche für Abschaffung derselben sind, werden eingeladen, sich ohne Unterschied der Partei derselben anzuschließen.

Amerika. Washington, 12. März. [Das Repräsentantenhaus] hat die Finanzbill des General Schenck in der vom vorigen Congress vereinbarten Fassung wiederum angenommen. — Die Resolution, daß der Präsident ermächtigt werden soll, die Unabhängigkeit Cuba's anzuerkennen, wurde dem Comité für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung. Angekommen 3 Uhr Nachm.

London, 15. März. Die "Morning Post" hält die Mittheilung aufrecht, daß eine gemischte Commission eingesetzt werde, behufs Schlichtung der belgisch-französischen Differenzen und fügt hinzu, daß die Basis der Verhandlungen noch nicht festgesetzt sei.

Danzig, den 15. März. * [Canalisation.] Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf des mit Hrn. Aird (in Vertretung der Firma J. und A. Aird) abgeschlossenen Vertrages, betreffend die Ausführung der Canalisation für den Preis von 557,000 R., genehmigt. Der Vertrag wird, wie wir hören, morgen der Stadtverordnetenversammlung übergeben werden und diese alsdann voransichtlich in der nächsten Sitzung die Berathung beginnen. Der Vertrag enthält im Wesentlichen die in dem be-

kennten Schreibem des Hrn. Aird an den Magistrat vom 17. Februar cr. (siehe Nr. 5324 d. Btg.) stipulirten Verbindungen. Beendigt soll der Bau der Canalisirung und der Wasserleitung am 15. December 1870 werden, die Wasserleitung jedoch wird in den Haupttheilen der Stadt schon Ende dieses Jahres vollendet sein. Ausgesprochen ist in dem Vertrage, daß bei den für das Unternehmen nöthigen Arbeiten z. hiesige Fabriken und Arbeiter besonders berücksichtigt werden sollen. Als Caution sollen 10% der vereinbarten Summe, also 55,000 Thlr. zurückgehalten werden.

* [Der Ober-Präsident Hr. v. Horn] wird sich in etwa 14 Tagen nach Königsberg begeben, um seine neue Stellung anzutreten.

* Die R. Regierung hat angeordnet, daß vom 1. April cr. ab für die bisherige städtische Schuhmannschaft an Stelle der Bezeichnung "Schuhmannschaft" und "Schuhmann", die Bezeichnung "Wachtmannschaft" resp. "Wachtmann" tritt.

[Concert.] Das vor: Frau Rosa Fischer zum Besten einer nothleidenden Künstlerfamilie veranstaltete Concert hatte die weiten Räume des Schützenhauses zum größten Theil gefüllt. Das Programm, in seiner bunten und mäzenhaften Zusammensetzung, war darauf berechnet, auch dem unersättlichsten Zuhörer Genüge zu thun. Zu einer kritischen Beleuchtung der langen Reihe von Orchester- und Gesangsstücken, durch einige Dellamtionen gewürzt, bietet sich kaum eine Veranlassung dar, denn es waren fast ausschließlich sehr bekannte Physiognomien, welche vom Podium herab in Lönen redeten. Ohnedies hielt es Ref. in dieser so mustreichen Zeit für angemessen, seinen Anteil an dem Ohrenschmause einzurichten, um sich eine weitere frische Empfänglichkeit für Anderes zu bewahren. Herr Robinson hatte dem Concert gleichfalls seine Mitwirkung gewährt. Es wurde nur bedauert, daß die Verfehlung der drei Lieder von Schumann nicht zur Erfüllung kam. Der Künstler sang mit Fräulein Lehmann ein Duett aus dem "Barbier", mit Herrn Emil Fischer ein Duo aus Donizetti's "Linda", natürlich unter großem Beifall. Herr Fischer paradierte mit der Sopran-Arie aus "Johann von Paris" einem gern gehörten Virtuosenstück dieses Sängers. Mit diesen Andeutungen nehmen wir Abschied von dem Concert. Da die Kontraste sich berühren, so mag auch einmal einem Monstre-Programme ein winziger Bericht folgen.

* [Der Gartenbau-Verein] beginnt am Sonnabend den 13. d. sein Stiftungsfest im Selonleichen Etablissement. Der Saal prangte im reichsten Blüthenzucke, welcher von den hiesigen Handelsgärtnern H. Reiche, Bauer, Rayman, Lenz und Mathe vergeben war, die in dieser Reihenfolge auch die zu diesem Beifall ausgezeigten 5 Prämien im Gesamtbetrage von 25 R. erhielten. Zur Saal- und Bühnen-Decoration waren auch aus 2 herrschaftlichen Gärtnereien zu Langfuhr Decorationspflanzen hergehoben, während von anderen — ebenfalls Mitgliedern des Vereins — solche verweigert worden waren. Zum Beginn des Festes hielt der Vorsitzende des Vereins, Herr Garten-Inspector Schönborff, einen Vortrag über die Wirksamkeit des Vereins im lebhaftesten Jahre, an welchen der Reihe noch einige Belehrungen über decorative Ausstattung von schattig gelegenen Altanen knüpften. Hierauf folgte eine kleine Dilettanten-Aufführung auf der Bühne des Etablissements, deren Glanzpunkt in einem brillanten Schlufstheatre mit bengalischer Beleuchtung glänzte und rauschender Beifall hervorrief. Ein gemeinchaftliches Abendessen, gewürzt durch viele Reden und Toaste ernst und scherhaftesten Inhalts, so auch durch einen, große Heiterkeit erzielenden Rundgesang, sowie ein darauf folgender Ball hielt die Mitglieder und Gäste in ungetrübter froher Stimmung bis gegen Morgen beisammen.

* [Arbeiter-Crawall] Am 13. d. Nachmittags sollte die Auszahlung der Löhne für die Eisenbaharbeiter bei Langfuhr stattfinden. Dieselben verlangten eine Lohn erhöhung und da ihnen eine solche verweigert werden mußte, griffen sie trotz der eindringlichsten Mahnungen den Baubeamten an, wurden thäglich, so daß die Polizeibeamten einschreiten mußten. Da auch dieser es nicht gelang, die Ruhe vollständig herzustellen, so wurde ein Piquet Husaren aus Langfuhr requirierte, welche durch gemessenes Einschreiten die weitere Ausdehnung des Excesses niederkielten. Die Räbelstürmer sind verhaftet und der Staatsanwaltschaft bereits überwiesen. Der Herr Polizeipräsident hatte sich heute Morgen 6 Uhr bereits auf der Baustelle eingefunden, und die Arbeiter dringend ermahnt, die Ruhe ferner nicht zu stören, um nicht die Arbeit, welche ohnehin nur in ihrem Interesse in so weiter Ausdehnung eröffnet worden sei, in der jetzt so geschäftstollen Zeit wieder zu verlieren. Es sind übrigens die umfassendsten Vorlehrungen getroffen; derartigen Störungen mit aller Entschiedenheit begegnen zu können.

* [Feuer.] Heute Morgen gegen 5 Uhr entstand auf dem Grundstück Heiliggeistgasse Nr. 31 ein recht gefährlicher Brand, der bei der Eigentümlichkeit der Bauart unserer Häuser leicht für das Leben sämmlicher Bewohner hätte verhängnisvoll werden können. Das Feuer war nämlich in der Küche des 2. Stockwerks ausgelommen und da diese, wie hier so oft, auf dem Flur und war dicht unter der Treppe lag, so stand letztere binnen wenigen Secunden gleichfalls in Flammen und war ein Bassiren derselben, um auf die Straße zu gelangen, nicht mehr möglich. Glücklicherweise befand sich im Hinterhaus eine Stiege, die auf den Hof führte, und gelang es den Bewohnern auf diesem Wege sich in Sicherheit zu bringen, während die Feuerwehr durch einen schnellen Angriff auf die brennende Treppe das Feuer bewältigte, ehe es noch die zu den Etagen führenden Thüren zerstören konnte. Der durch den Brand angerichtete Schaden ist daher den Verhältnissen angemessen gering geblieben und beschränkt sich auf die bis zum Dachstuhl angefochtene Treppe, sowie auf diverse durch Rauch und Hitze verdorbene Möbel eines Baderzimmers. Neben die Entstehungsart konnte nichts ermittelt werden.

* Elbing, 14. März. [Bestätigung. Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Bekanntlich sind die Herren Gebing und Dr. Jachmann von unsern Stadtverordneten zwei Mal zu Stadträthen gewählt worden und beide Male wurde ihnen die Bestätigung versagt. Auf wiederholte Vorstellungen jedoch hat der Minister des Innern die früheren Entheldungen annullirt. Beide Herren sind, nach der gestern hier eingetroffenen amtlichen Benachrichtigung, als Stadträthe bestätigt und werden in der nächsten Stadtverordneten-Versammlung in ihr Amt eingeführt werden. — Von besonderem Interesse war die vorige Stadtverordneten-Versammlung, in welcher es sich um einen Schulbau handelte. Nach einem in jeder Beziehung wohl durchdachten und zweckmäßigen Plane sollten unsere Elementarschulen in vier Bezirksschulen verteilt werden, deren jede vorläufig zu 4, später zu 6 Knaben- und eben so viel Mädchenklassen berechnet ist. Für die Knabenklassen zweier dieser Bezirksschulen (die Mädchenklassen sind in alten Schulhäusern untergebracht) sind bereits zwei Schulgebäude, jedes für ca. 13,000 R., gebaut worden, und zwar aus den Überschüssen der städtischen Sparkasse. Jetzt liegen aus diesen Überschüssen wieder 18,000 R. bereit. Nach dem von der Schuldeputation vorgesagten und von dem Magistrat genehmigten Plane sollte nun in diesem Jahre mit dem Bau einer dritten Bezirksschule, aber von doppelter Größe vorgegangen werden, so daß das neue Gebäude Raum für 6 Knaben- und 6 Mädchenklassen enthalten würde. Der Antrag berechnet die Kosten auf ca. 26,000 R., von denen 18,000 R. aus den bereit liegenden Fonds zu entnehmen und 8000 R. im nächsten Jahre aufzubringen wären. Der betreffende Antrag wurde vorgestern zur sofortigen Beichlungnahme den Stadtverordneten vorgelegt und von dem Bürgermeister Selke warm befürwortet. Indest wurde gegen die sofortige Bewilligung geltend gemacht, einmal, daß man erst die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Dertlichkeit und der Zusammensetzung der Knaben- und Mädchenklassen in ein Gebäude, wenn auch mit zwei vollständig getrennten Eingängen, und daß man weiters überlegen müsse, ob die finanzielle Lage der Stadt es

gestatte, mit diesem Bau gleichzeitig den Neubau des ganz baufälligen Krankenhauses und die Anlage der eben projectirten Wasserleitung in Angriff zu nehmen. Auch wurde geltend gemacht, daß die Errichtung des unzweckmäßigen und ungefunden Lokals der höheren Töchterschule durch ein anderes Gebäude eben so dringend, vielleicht noch dringender wäre, als die Erbauung der dritten Bezirksschule. Deshalb wurde mit 26 gegen 17 Stimmen beschlossen, die Sache bis zur vollständigen Klärung der städtischen Finanzverhältnisse zu vertagen. Zu der Majorität gehörten u. a. die Herren Phillips, Wiedwald, Dr. Jacobi, zu der Minorität: die Herren Dr. Jachmann, Ahrensdorf, Director Benecke. — In derselben Stadtverordneten-Versammlung wurde in Betreff der vielbesprochenen Illuminations-Angelegenheit beschlossen, statt der Illumination des Rathauses an Königs Geburtstag den Invaliden die Summe von 25 R. zu zumenten.

* [Der Ober-Präsident Hr. v. Horn] wird sich in etwa 14 Tagen nach Königsberg begeben, um seine neue Stellung anzutreten.

* Die R. Regierung hat angeordnet, daß vom 1. April cr. ab für die bisherige städtische Schuhmannschaft an Stelle der Bezeichnung "Schuhmannschaft" und "Schuhmann", die Bezeichnung "Wachtmannschaft" resp. "Wachtmann" tritt.

[Concert.] Das vor: Frau Rosa Fischer zum Besten

einer nothleidenden Künstlerfamilie veranstaltete Concert hatte die weiten Räume des Schützenhauses zum größten Theil gefüllt.

Das Programm, in seiner bunten und mäzenhaften Zusammensetzung, war darauf berechnet, auch dem unersättlichsten Zuhörer

Genüge zu thun. Zu einer kritischen Beleuchtung der langen Reihe von Orchester- und Gesangsstücken, durch einige Dellamtionen gewürzt, bietet sich kaum eine Veranlassung dar, denn es

waren fast ausschließlich sehr bekannte Physiognomien, welche vom Podium herab in Lönen redeten. Ohnedies hielt es Ref. in die-

ser so mustreichen Zeit für angemessen, seinen Anteil an dem

Ohrenschmause einzurichten, um sich eine weitere frische Empfänglichkeit für Anderes zu bewahren. Herr Robinson hatte dem

Concert gleichfalls seine Mitwirkung gewährt. Es wurde nur

bedauert, daß die Verfehlung der drei Lieder von Schumann nicht

zur Erfüllung kam. Der Künstler sang mit Fräulein Lehmann

ein Duett aus dem "Barbier", mit Herrn Emil Fischer ein Duo

aus Donizetti's "Linda", natürlich unter großem Beifall. Herr

Fischer paradierte mit der Sopran-Arie aus "Johann von Paris" einem gern gehörten Virtuosenstück dieses Sängers. Mit

diesen Andeutungen nehmen wir Abschied von dem Concert. Da

die Kontraste sich berühren, so mag auch einmal einem Monstre-

Programme ein winziger Bericht folgen.

Börsen-Notizen der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. März. Ausgegeben 2 Uhr 20 Min.

Angelokommen in Danzig 3½ Uhr.

			Letzter Crs.
Weizen, März ..	61½	60½	3½% Ostpr. Pfandb.
Roggen höher,			3½% westfr. do.
Becklungspreis	fehlt	fehlt	71½/8 71½/8
März ..	51	50½	Lombarden
Frühjahr ..	51½	50½	Lomb. Prise. Ob.
Rüb., März ..	10	9½	Oestr. Nation. Anl.
Spiritus fest.			57
März ..	15½	15½	Oestr. Banknoten
Frühjahr ..	15½	15½	Russ. Russoten
5½ Br. Anleihe ..	102½/8	102½/8	Amerikaner ..
4½% do.	94	93½	Ital. Renten ..
Staatschuldsh.	83½	83	Danz. Priv. B. Act. —
			6.235/8

Wochencours: still.

Frankfurt a. M., 14. März. Effecten-Societät. Preuß. Kassenanweisungen 104½. Berliner Wechsel 104½. Hamburger Wechsel 88, Londoner Wechsel 119½, Pariser Wechsel 95, Wiener Wechsel 95½ Br., 5% österr. Anleihe de 1859 65%, Nationalanleihe 55, 5% steuerfreie Anleihe 52½, Amerikaner de 1882 87½, österr. Banknoten 699, Creditactien 284, Darmstädter Bankactien 282½, Lombarden 221½, Oesterr. - franz. Staatsbahn 310, Bayrische Prämienanleihe 104½, Badische Prämienanleihe 104½, 1860er Loope 83½, 1864er Loope 120. Sehr fest.

Wien, 14. März. Privatverkehr. Creditactien 295, 90, 1860er Loope 101, 90, 1864er Loope 125, 10, Franco-Austrian 151, 75, Ungarische Creditactien 112, 25, Lombarden 231, 00, Napoleon 9, 92. Fest.

Bremen, 13. März. Petroleum, Standard white, loco 6½ bezahlt. Geschäftlos.

Amsterdam, 14. März. Effecten-Societät. Amerikaner 88½ Haiffe, Nationalanleihe 53½, steuerfr. Anleihe 49½, 1860er Loope 500, 1864er Loope 121½. Fest.

Amsterdam, 13. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen still. 7½ März 197, 7½ Mai 196. Raps 7½ April 64½, 7½ Herbst 67 — Kaltes Wetter.

London, 13. März. (Schluß-Course.) Consols 92½. 1% Spanier 31½. Italienische 5% Rente 54½. Lombarden 18½. Mexicaner 15½. 5% Russen de 1822 87. 5% Russen de 1862 87. Silber 60%. Türkische Anleihe de 1865 40%. 8% rumänische Anleihe 86. 6% Vereinigte Staaten 7½ 83½.

Liverpool, 13. März. (Von Springmann & Co.) Baumwolle 12,000 Ballen Umsatz. Middling Orleans 12½, middling Amerikanische 12½, fair Dholera 10½, middling fair Dholera 9½, good middling Dholera 9½, fair Bengal 8½, Pernam 12½, Smyrna 10½, Egyptianische 13, schwimmende Orleans 12½. Guter Markt.

(Schlußbericht.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Sehr fest. Middling Orleans 12½, middling Amerikanische 12½.

Paris, 13. März. (Schluß-Course.) 3% Rente 70, 87½ — 70, 95 — 70, 90. Italienische 5% Rente 55, 85. Österreidische Staats-Eisenbahn-Aktionen 668, 75. Credit-Mobilier-Aktionen 283, 75. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 471, 25. Lombardische Prioritäten 228, 62. 6% Vereinigte Staaten 7½ 1882 (ungestempelt) 94½. Tabakobligationen 422, 50. Tabakactien 643, 76. Türken 41, 00. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. Biennlich fest, aber wenig Geschäft.

Paris, 13. März. Rückl. 70 Br. März 82, 25, 70 Juli-August 86, 25, 70 Sept.-Dec. 88, 00. Rückl. 70 März 51, 25, 70 Mai-Juni 52, 75, 70 Juli-August 54, 00 matt. Spiritus 70 März 69, 00 fest. — Kaltes Wetter.

Antwerpen, 13. März. Getreidemarkt. Weizen flau, Roggen fest. Petroleumsmarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 56½, 70 Sept. 60. — Etwa besser. Preise unverändert.

New York, 13. März. Baumwollenbericht v. Adam Moffarts. Zufuhren während der Woche 40,000 Ballen, Ausfuhr nach Großbritannien 22,000 Ballen, Ausfuhr nach Frankreich 4000 Ballen, Ausfuhr nach dem Continent 8000 Ballen. Vorrat in allen Häfen der Union 430,000 Ballen. Middling Upland 11½ per Steamer incl. Post und Fracht.

New York, 13. März. (Von atlant. Kabel.) (Schlußcourse.) Gold-Agio 31½ (Gold-Agio höchster Cours 31½, niedrigster 31). Wechselkurs a. London i. Gold 108½, 6% Amerik. Anleihe 70 1882 120, 6% Amerikanische Anleihe 70 1885 117½, 1865er Bonds 113½, 10/40er Bonds 105½, Illinois 140½, Criebahn 37, Baumwolle, Middling Upland 28½, Petroleum raffinirt 31½, Mais 0, 97, Mehl (extra state) 5, 95. — 6, 55. Philadelphia, 13. März. Petroleum raffinirt 32½.

Danziger Börse.

Ämtliche Notirungen am 15. März

Weizen 70 500% matt,		
fein gläsig und weiß	515—535 Br.	
hochbunt	510—520	
hellbunt	500—505	
bunt	480—490	
roth	470—480	
ordinair	450—460	
Roggen 70 490% flau, loco 127/8	360 bez.	
Gerste 70 4320% flau, loco groÙe 115½	70 342 bez.	
Kleesaat 70 100% loco weiß 13—17	70 Br., roth 12 bis 13 Br.	
Thimothee loco 70 100% 7 Br.		
Rübluchen 70 100% inländische loco 75—77½	70 Br.	
Leinkuchen 70 100% inländische loco 83 Br.	70 Br., 79 bis 80 Br. Od.	



Mittwoch, den 17. d. Mts., Morgens
1 Uhr, fährt Dampfboot „Vorwärts“
von Danzig über Tiegenhof nach Elbing.
Näheres am brausen Wasser in der Expedition
der Elbinger Dampfboote und in meinem
Comtoir brausendes Wasser und Karpfenfischen.
Ecke No. 27. (9039)

R. Hanff.

Borlängige Anzeige.



Mit erst offenem Wasser beginnen die Dampsfs
bōte „Verein“, Capitain Koschke, und
„Oliva“, Capitain Haensler, ihre
regelmäßigen Fahrten zwischen hier und Ad-
nigssberg. (8995)

Die Tourlähne liegen von heute den 13. d.
Mts. zum Laden bereit.
Näheres bei

Emil Berenz,

Schäferei 19.
Danzig, 13 März 1869.

Ein zuverlässiger, mit guten Bezeugnissen ver-
dienter Diener, der läng. Jahre mit einem Herrn
im Auslande gereist, wünscht als Kutscher oder
Diener einen Herrn auf Reisen zu begleiten. Abt.
unter 8862 in der Exped. d. Btg. einzureichen.
Für den besten Geschäftsgang wird ein Ge-
schäftslocal, bestehend aus einem Laden mit
Schaufenster oder auch nur Parterre-Wohnung
mit großem Schaufenster, zu mieten gewünscht;
erwünscht, wenn Privatwohnung dabei wäre.
Adressen in der Exped. d. Btg. unter No. 9002.

Heute Abend und die fol-
gende Tage



Bockbier
vom Fasse
empfiehlt
C. H. Kiesau,
Hundegasse No. 119.

Hotel

Dentisches Haus,

Holzmarkt 12,
empfiehlt nachstehende echte fremde Biere
in Original-Gebinden und Flaschen zu
den billigsten Preisen, nach außerhalb gegen
Nachnahme, als:
Culmbacher Lagerbier v. Georg Sandler, Culmbach.
Nürnberg Lagerbier v. H. Henninger, Nürnberg.
Erlanger Lagerbier von Heilig, Erlangen.
Rütinger Lagerbier von Th. Chemann, Rüting.
Dresdner Feldschlößchen von der Feldschlößchen-
Brauerei, Dresden.
Dresdner Feldschlößchen (Bock) von der Feld-
schlößchen Brauerei, Dresden.
Fürstenwalder Lager- und Märzenbier von Bim-
mermann,
Gräber Lagerbier von H. Vibrowitz, Gräb.
Über die Echtheit der Biere lege Factara
und Frachtbriefe vor, einige dieser Sorten täg-
lich frisch vom Fab.
(8782)

Otto Grünental.

Naturforschende Gesellschaft.

Zur ordentlichen Versammlung der natur-
forschenden Gesellschaft am

Mittwoch, den 17. März.

Abends 7 Uhr
wird hierdurch eingeladen.
Dr. Ball „Über seine neuesten forschungs-
schaftlichen Untersuchungen.“ Wissenschaftliche
Vorträge der Herren Hauptlehrer Brücke,
und Director Streble. Herr Dr. Wallenberg
Demonstration einer selten vorkommenden Ver-
rentung.
Dr. Ball.

Die 6. Vorlesung zum Besten des
Evangel. Johannesstiftes findet statt
Dienstag, den 16. d. Mts., 7 Uhr Abends,
im hinteren Saale der Concordia. Eingang
Hundegasse.

Herr Professor Czwalina wird lesen
„Über Giov. Battista Nicollini
und seine Dramen.“ (9066)

VI. Mittwoch, den 17. März, im Ge-
werbehaus, zur Erhaltung der 4
Klein-Kinder-Bewahr-Aufzälen,
Vorlesung des Corvetten-Capitäns
Herrn Werner: „Die Entwick-
lung der Schiffahrt. Die nordi-
schen Seemächte von Aufang nü-
rer Zeitrechnung bis zur Hansa.“
Aufang 6^{1/4} Uhr Abends.
Einlaßpreis 10 Sgr.
(9013)

Danzig, den 20. December 1868.

Danziger Stadttheater.

Dienstag, den 16. März. (4. Ab. No 14).
Zum zweiten Male: Das Milchmädchen von
Schöneberg. Volksstück mit Gesang in sechs
Bildern von W. Mannstadt.

Selonke's Etablissement.

Dienstag, den 16. März; Große Vor-
stellung und Concert, sowie Auftreten der
Gesellschaft Veronii-West. – Am 7 Uhr.
Die Gesellschaft West tritt nur noch an
einigen Abenden auf.

Druck und Verlag von A. W. Kastenmann in
Danzig.

Sämtliche Neuheiten in Frühjahrs-Mänteln für Damen und Kinder sind in großer Auswahl eingetroffen u. empfiehlt zu billigsten Preisen

Peril, Langgasse 70.

Schwarze Seidenstoffe

zu Kleidern, Taffet, breite Waare, von 27^{1/2} Sgr.
an, Rips oder faille do. von 1 Thlr. 2^{1/2} Sgr. an,
sowie alle neuen schwarzen Seidenstoffe in halt-
barer Waare bis 3^{1/2} Thlr. per Elle empfiehlt in
großer Auswahl

Josef Lichtenstein.

Atlas zum Garniren in 50 verschiedenen Farben von 25 Sgr.
per Elle.

breite Tüche und Buckskins

zu Knaben-Anzügen in 100 verschiedenen Dessins,
stark, hübschfarbig und waschächt,
von 25 Sgr. 1 R. bis 1 R. 5 Sgr. die Elle, empfiehlt
H. A. Holst, Langgasse No. 69.

Die neuesten Schnittmuster gratis.

Frühjahrsstoffe für Paletots und ganze Anzüge

im neuesten Geschmack und reicher Farben-Auswahl,
8/4 breit, die Elle von 1 Thlr., 1 Thlr. 5 Sgr., 1 Thlr. 10 Sgr., 1 Thlr. 15 Sgr. an,
empfiehlt als ganz besonders preiswürdig
H. A. Holst, Langgasse No. 69.

Auction zu Artenschau

bei Danzig

am Mittwoch, d. 17. März 1869,

Vormittags 11 Uhr,
über: 21 Vollblut-Southdown-Böcke,
2 Original-Verkshire-Eber,
4 Original-Verkshire-Säue, und
1 Allgauer Bucht-Stier.

W. Guth.



(8475)



Tiegenhöfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft H. Stobbe et Compagnie.

Das Dampfschiff

„Tiegenhof“

wird in den nächsten Tagen seine regelmäßigen Fahrten zwischen Danzig, Tiegenhof
und Elbing beginnen. Die Speditionen werden besorgen

in Danzig Herr F. Studzinski,
in Elbing Herr Frachtbestätiger Hinz und
in Tiegenhof Herr J. Klingenberg.

Das Nähere wegen Ankunft und Abfahrt des Dampfbootes wird später bekannt gemacht werden.



Max Landsberg,

Langgasse 77,
empfiehlt das größte Schuh- und Stiefel-Lager in allen Sorten.

Herren-, Damen-, Mädchen-, Kinder- u. Knaben-Stiefel

zu den billigsten Preisen und leistet für die Dauerhaftigkeit Garantie.

Wiener und Berliner Modestiefeletten.

Gummischuhe jeder Art.

Annahme jeder Bestellung nach Maß, sowie jeder Reparatur.

Auswahlsendungen werden zugesandt.

Preise billig aber fest.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik von
Max Landsberg,

Langgasse 77.

(8894)